Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 5 (1964)

Heft: 26

Artikel: Eine ideologische Revision : vom Stammeswesen zum Kommunismus

Autor: Revesz, Laszlo / Brügger, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076730

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Eine ideologische Revision

Vom Stammeswesen zum Kommunismus

Auf die verstärkte kommunistische Offensive in den Entwicklungsländern zugeschnitten ist eine neue Moskauer These über die Entstehungsmöglichkeiten einer «sozialistischen», d. h. kommunistischen Gesellschaft. Nach dem klassischen Schema ist die Vorbedingung zum Aufbau des «Sozialismus» das Bestehen einer Arbeiterklasse im betreffenden Land. Diese Forderung wird neuerdings nicht mehr erhoben. Im Gegensatz zu aller herkömmlichen Theorie wird jetzt betont, dass sogar Völker, die im Stammeswesen leben und nicht einmal das Privateigentum an Produktionsmitteln kennen, zum Sozialismus gelangen können. Damit verschafft sich der Kreml die ideologische Grundlage, um seinen durch die chinesische Konkurrenz gefährdeten Einfluss in Asien und Afrika neu zu festigen.

Die neue These ist in einer autoritativen Untersuchung enthalten, welche die Novembernummer der geschichtstheoretischen Zeitschrift «Woprossy Istorii» veröffentlichte.* Die Einbettung der Neuerung in eine umfangreiche und reichlich verklausulierte historische Abwandlung kann über ihre Wichtigkeit nicht hinwegtäuschen. Die Abweichung von der geltenden Linie ist aussenpolitisch von ähnlicher Bedeutung, wie es innenpolitisch etwa die zu Recht stark beachtete Abweichung von der Planwirtschaft durch die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente ist.

Wo bleibt die Klassentheorie?

Tatsächlich bedeutet die Anerkennung des «nichtkapitalistischen Uebergangs» zum Sozialismus einen Bruch mit einem Grundprinzip der Klassentheorie. Der sozialistische (nach unserem Sprachgebrauch kommunistische) Staat erhebt ja den Anpruch, ein Arbeiterstaat zu sein. Gemäss Marx und Engels entsteht er unvermeidlich dadurch, dass die Arbeiterklasse eines kapitalistischen Landes die Revolution durchführt und darnach die berühmte «Diktatur des Proletariats» ausübt. Da die Arbeiterklasse ausschliesslich Trägerin der «sozialistischen» Revolution ist, setzt diese kapitalistische Produktionsverhältnisse voraus. Eine «sozialistische Umwandlung» in einem Land ohne Arbeiterklasse aber wäre definitionsgemäss ein Widerspruch in sich selbst und ein Unsinn. Und solches soll heute offizielle Theorie sein?

Nun, im Umgang mit Widersprüchen hat die kommunistische Dialektik ihre Erfahrung, und schon Lenin machte die marxistische Forderung flexibler. Noch 1919 war er der Meiung gewesen, die führende Rolle in der Weltrevolution werde konsequenterweise die Industrienation Deutschland spielen und nicht das bäuerliche Russland mit seinen feudalen Strukturen. Dann aber erhob er die russische Formel zum massgebenden Typus: Das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern wurde proklamiert, wobei aber die kommunistisch geleitete Arbeiterminderheit unbedingten Führungsanspruch hatte. An diesem Dogma wurde in der Sowjetunion übrigens nie gerüttelt. Noch im August dieses Jahres schrieb etwa «Polititscheskoje Samobrasowanje», eine Zeitschrift des Zentralkomitees, vom Bestehen einer nationalen Industrie als Voraussetzung für die Einführung des Sozialismus. (Dass sich die KPdSU seit dem 22. Parteikongress als «Partei des ganzen Volkes» bezeichnet, bedeutet weniger eine Revision der Entstehungstheorie als vielmehr den Anspruch auf erfolgten Eintritt in den «kommunistischen» Aufbau im parteitheoretischen Sinn der Endphase, in welcher alle Klassenunterschiede aufgehoben sein sollen.)

Schon früh wandte Lenin den Bündnisbegriff auch auf die asiatischen und afrikanischen Länder an, die er als natürliche Feinde der koloniebesitzenden Industrienationen betrachtete. Vom Errichten einer sozialistischen Gesellschaft in diesen Ländern ohne die Voraussetzung der bestehenden Arbeiterklasse war aber keine Rede.

Chinas Bauernproletariat

Dafür aber wurde das Schema vom massgeblichen Industrieproletariat innerhalb der Kommunistischen Partei Chinas angegriffen, und zwar schon sehr früh. Als Mao Tsetung 1925 eine revolutionäre Bauernbewegung in der Provinz Hunan organisierte, stand er durchaus im Gegensatz zur damaligen Parteileitung, die sich nach Stalins Geheiss auf die städtische Arbeiterklasse stützen wollte. Anfangs der dreissiger Jahre errichtete er dann in der südwestlichen Provinz Kiangsi einen kommunistischen Sowjetstaat — wiederum bäuerlicher Art. In diesen Jahren schwang sich Mao nicht nur zum Führer der chinesischen KP auf, sondern verhalf auch seinem «Bauernkommunismus» zur Anerkennung.

Diese chinesische Variante (die letzten Endes u. a. auch die Gründung der landwirtschaftlichen Volkskommunen im kommunistisch gewordenen China zur Folge hatte), ist nun im modernen Konkurrenzkampf um die Entwicklungsgebiete ein höchst aktueller Trumpf geworden. «Ihr braucht nicht auf das Gerede von einer notwendigen Industriegrundlage zu hören», kann Peking seinen Freunden in Asien und Afrika zu verstehen geben. «Damit will die Sowjetunion nur ihre Privilegien als Industrieland verteidigen. Folgt also lieber uns.»

Dazu kommt, dass China seit einigen Jahren ganz bewusst der sogenannten «nationalen Befreiungsbewegung», d. h. der nationalistischen Revolte ohne ideologische Vorzeichen, in den Entwicklungsländern den Vorrang gibt. Das ist natürlich keine stubenreine Lehre, denn ihre Anwendung könnte ja gerade die «Bourgeoisie» oder andere «Klassenfeinde» im betreffenden Land stärken. Deshalb besteht die alte Theorie und mit ihr der Kreml darauf, dass jede Befreiungsbewegung von «fortschrittlichen Elementen» getragen und von der «Arbeiterklasse» geführt werden müsse. Diesen Bedingungen gebührte deshalb die Priorität. In der Praxis sind da freilich die Auffassungsunterschiede nur halb so gross. Peking weiss bei seinen nationalistischen und anti-imperialistischen Unterstützungsmanövern die eigenen Parteiinteressen sehr wohl zu fördern, und Moskau hat aus taktischen Gründen oft genug Bewegungen gestützt, die alles andere als «sozialistische» Ziele hatten. Nur stellt sich die chinesische Propaganda diesbezüglich ahnungslos und «beweist» der afro-asiatischen Bevölkerung anhand der sowjetischen Prioritätslehre, dass der Kreml nur ein zweitrangiges Interesse an ihrer Befreiung von Imperialismus und Kolonialismus habe.

Der Pferdefuss

Offensichtlich hat Moskau eingesehen, dass die These von der entscheidenden Rolle des Proletariats für den Uebergang zum Sozialismus heute bei den Entwicklungsländern nicht mehr zieht. Deshalb die jetzt erfolgte Revision, wonach sogar Völker aus einer «vorfeudalen Entwicklungsstufe» oder aus dem Stammeswesen heraus direkt zum Sozialismus gelangen könnten.

Die Umstellung zeigt auch, dass sich die Sowjetunion keineswegs mit der hin und wieder vermuteten «Arbeitsteilung» zufriedengeben will, in dem Sinne, dass sie ihre Tätigkeit auf die Industrieländer konzentrieren wolle. Die ideologische Neuerung zeigt im Gegenteil die Bereitschaft, dem Kampf um

Heirat eines Ghanesen und einer Ukrainerin in der Sowjetunion. Zur Eheschliessung des Sowjetkommunismus mit den Entwicklungsländern bedarf es einer Revision des Marxismus-Leninismus.

---

* I. Ja. Slatkin und S. K. Roschtschin «Die historische Erfahrung der nichtkapitalistischen Entwicklung der Mongolesischen Volksrepublik» in «Woprossy Istorii», Moskau, Nr. 11/1964, Seite 65 bis 79.

die Entwicklungsländer neue Impulse zu geben. Auch um den Preis einer weiteren Abkehr von der marxistisch-leninistischen Lehre.

Uebrigens ist es höchst bezeichnend, dass die Abkehr nach der offiziellen Darstellung gar nicht stattfindet.

Denn die Autoren betonen, dass für den Uebergang zum Sozialismus in einem Land ohne Arbeiterklasse nach wie vor «die Führung durch die Arbeiterklasse mit dem Kern der marxistisch-leninistischen Partei» Bedingung sei. Wie soll sich denn das reimen? Nun, in der Sicht der Autoren dadurch, dass die fehlende Arbeiterklasse im Ausland gesucht werden muss.

Das wird am Exempel der Mongolischen Volksrepublik dargelegt, deren 40jähriges Bestehen offizieller Anlass der Untersuchung ist. Und so bekommen wir eine erstauliche Weiterung der leninschen These vom Klassenbündnis zu lesen. Statt der alten These der internationalen Klassensolidarität (Proletarier aller Länder, vereinigt euch!) taucht mit wundersamer Selbstverständlichkeit die These der internationalen Klassenergänzung auf. Die mongolische Revolution sei «in ihrem Wesen ein Klassenbündnis zwischen der siegreichen Arbeiterklasse Russlands und dem mongolischen Bauerntum» gewesen!

Und weil die Mongolei schliesslich nur das Beispiel für das Allgemeingültige abgeben soll, heisst das: Völker aller Länder, baut den Arbeiterstaat auf. Denn die Arbeiter, die ihr nicht habt, die haben ja wir!

Soyons sérieux:

Aber wir wollen der sarkastischen Würdigung der These nicht vorausgreifen, die chinesischerseits vermutlich nicht allzulange auf sich warten lassen wird. Von der neu erarbeiteten Grundlage aus bieten sich den Sowjets tatsächlich reale Möglichkeiten:

- **Den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas wird eine Alternative zum chinesischen Bauernkommunismus geboten. Das zeigt einen verstärkten Einflusskampf an.**
- **Gleichzeitig wird diesen gleichen Völkern die Notwendigkeit vor Augen gehalten, mit der internationalen Arbeiterklasse — und das heisst natürlich in erster Linie mit der KPdSU — zusammenzuarbeiten. Die Führung durch Staaten mit Bauernstruktur (China) kann von hier aus ebenfalls angegriffen werden.**
- **Gegenüber den «sozialistischen» Entwicklungsstaaten verschafft sich die Sowjetunion ein grösseres theoretisches Einmischungsrecht.**
- **Gleichzeitig behält sich die UdSSR aber diesen gleichen Ländern gegenüber die Möglichkeit vor, sich schlimmstenfalls zu distanzieren, wenn ihre «Solidarität mit der internationalen Arbeiterklasse» mangelhaft sein sollte.**
- **Für die unmittelbare Zukunft aber bedeutet die neue These auf jeden Fall, dass sich die sowjetische Aktivität in Asien und Afrika verstärken wird.**

Laszlo Revesz
und Christian Brügger

Der wütende Kontinent

Wie sehr die öffentliche Meinung durch die Zwischenfälle in und um Stanleyville berührt worden ist, wie sehr sie in einem gewissen Sinne die neue Situation in ganz Afrika als gewandelt verspürt, wurde durch einen kurzen Satz in der französischen Wochenzeitung «L'Express» (Nr. 702) ausgedrückt: «Ueber die Zwischenfälle von Stanleyville lernt Europa Afrika hassen». Das ist ein Satz, den diese Zeitschrift, welche als ein Sprachrohr einer französischen Opposition zu betrachten ist, noch vor einigen Wochen niemals ihren Lesern vorzulegen gewagt hätte.

Sicher ist nicht ganz Afrika ein brodelnder Kessel. In Hunderten von afrikanischen Dörfern wird gelebt, gearbeitet und ausgeruht wie eh und je. Aber gerade dies ist die Tragik: Das Schicksal dieser Tausenden und aber Tausenden Afrikaner entscheidet sich nicht in ihren Dörfern, sondern oft in sehr fernen Hauptstädten, wo nicht mehr gelebt, gearbeitet und ausgeruht wird, wie eh und je. Einige sehr aktive Leute sind dort mit Unterstützung des kommunistischen Lagers daran, für diese Tausende zu denken und zu handeln, in einer Weise, die alle unsere — wenn auch unvollkommenen — Werte auf den Kopf stellt. In ganz Afrika fällt die Macht gewissermassen dem zu, der gerade da ist. Die Macht über eine Stadt gibt die Macht über ein Hinterland, das oft so gross ist wie ein Staat europäischer Dimensionen.

Das revolutionäre Afrika verwendet nun in seinen Führungsansprüchen Elemente, die nicht so revolutionär sind, wie die Führer es selber haben möchten. Mehr oder weniger gründen die Systeme mit Einheitspartei und einer zentralen Person (sei es nun Sékou Touré, Modibo Keita, Nkrumah oder Ben Bella) auf die vor und noch zur Zeit der Kolonisation bestehende Idee von Monarch und Monarchie, denen alle Bürger untertan waren. Ist dies in den politischen Strukturen nicht ganz der Fall, so doch im Resultat, das sich daraus ergibt. Die Bürger waren und sind jetzt noch vielfach wohl oder übel daran gewohnt, dass für sie an höherer Stelle in allen Belangen entschieden wird.

Deshalb ist die Entwicklung der letzten Wochen besonders gefährlich: Weil nur wenige Führer Erklärungen vor der Presse oder vor den internationalen Organisationen abgeben, Leute, welche den Mut oder meistens die Frechheit haben, etwas zu sagen, dabei aber keineswegs die Gedanken ihrer Völker wiedergeben, sondern ihre eigenen. Aber nichtsdsetoweniger können sie ihre Völker in Entscheide hineinziehen, oder, wie es nun schon der Fall zu sein scheint, in Verruf bringen.

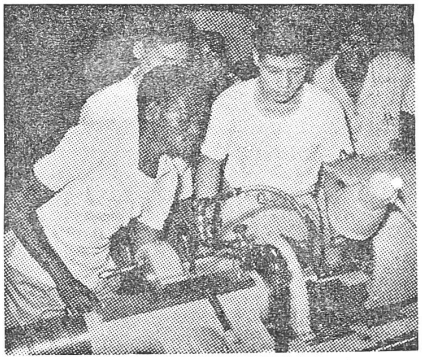
Ihr Auftreten in den letzten Wochen ist oft dermassen grob gewesen, dass man annehmen kann, in Afrika vor einer neuen, sehr ernsten Entwicklung zu stehen. Es hat den Anschein, gewisse Staaten (Ghana, VAR, Algerien, Guinea, Uganda, Sudan) möchten es auf eine deutliche Konfliktsituation ankommen lassen, Gewiss, die Landung von belgischen Fallschirmtruppen war für viele dieser Staaten eine Herausforderung. Noch ist nicht alles restlos abgeklärt, und die Sorge um die Objektivität soll die Frage unbeantwortet lassen, ob die Rebellen auch ohne Landung wirklich zu Uebergriffen geschritten wären. Auch sollen die Augen vor den Greueltaten nicht geschlossen werden: sie sind auf beiden Seiten der Front begangen worden, und es ist müssig hier herausfinden zu wollen, wen die grössere Schuld trifft.

Aber festgehalten werden muss, dass seitens jener Staaten ein Minimum an gutem Willen, sei es auch nur in Sachen Information, unfindbar war. Im Gegenteil, die Presseorgane ergossen sich in hasserfüllte Kommentare. Man bekommt das Gefühl, dass unter diesen Staaten einige sogar bereit sind, die Flinte ins Korn zu werfen.

Auf der Titelseite der Zeitschrift «Jeune Afrique» vom 13. Dezember (Tunis) war unter dem Portrait des neuen Präsidenten der Generalversammlung der Uno, Quaison Sackey, zu lesen: «Quaison Sackey ist gewählt worden. Aber die Uno ist sterbenskrank, weil die zwei ‚Grossen' (d. h. die USA und die UdSSR) nichts mehr von ihr wissen wollen. Sackey könnte wohl der letzte Präsident der Uno sein».

Auch die Organisation der Afrikanischen Einheit, die im Mai 1963 in Addis-Abeba gegründet worden war, gilt in den Augen der in revolutionären Kreisen vielgelesenen «Jeune Afrique» als todkrank: «Wenn es sich herausstellt, dass man die ‚Organisation de l'Unité Africaine' aufopfern muss, um

Gewiss gibt es in Afrika Dörfer, wo gelebt wird wie eh und je. Aber ist das politisch entscheidend!



Chinesischer Experte in Conakry.